Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern d e s Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parr[illegible]. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 224 | Montag, den 13. August | Jahrgang 1928

Der Akademiker und die Volksgemeinschaft.

Aus akademischen Kreisen wird uns geschrieben: Der Torso, der von der „Allgemeinen deutschen Studentenschaft" übrig geblieben ist, bestehend aus den völkischen und nationalistischen Studenten, hat sich vor einigen Tagen in Danzig ein Stelldichein gegeben. Man hat dort getagt, dem preußischen Kultusminister wieder Fehde geschworen — aber eine gemäßigte — und sich berauscht an großen Worten! Und doch: diese Tagung ist doch wesentlich anders gewesen als die früheren. War man gemäßigter, weil man „unter sich" war und die „antinationalen" Elemente fehlten? Man weiß es nicht so recht. Auf jeden Fall: wer zwischen den hochtönenden Redensarten zu horchen verstand, der fühlte: es geht mit gedämpftem Trommelschlag!

Man hat den Eindruck, daß die Vorgänge, die wir allgemein im Rechtslager vor sich gehen sehen, auch bei den Studenten der nationalistischen Rechten einen gewissen Rückhall gefunden haben. Wenn deutschnationale Studentengruppen sich ostentativ für Lambach erklären konnten, dann ist das immerhin bemerkenswert.

Diese Tatsachen kann auch die Presse der Rechten nicht leugnen, die sich bemüht, diese Tagung als eine Willenskundgebung „der" Studentenschaft herauszustreichen. Das ist sie gewiß nicht, wenn wir auch nicht leugnen wollen, daß ein nicht unerheblicher Teil der akademischen Bürger zu ihnen stehen!

Im Gegensatze dazu hat natürlich die Presse der Linken diese Tagung abgelehnt und knüpft daran vielfach Bemerkungen über Akademikertum und Volk, die nicht gerade schmeichelhaft sind für die Akademiker. Aber dagegen muß man doch in dieser allgemeinen Form Front machen.

Das Studententum, das sich in Danzig zusammenfand, ist nicht einfach zu identifizieren mit den akademischen Bürgern überhaupt. Aber es ist eine leider nur zu oft beobachtete Tatsache, daß ein Stand sehr oft in der Volksmeinung nicht von den Elementen bestimmt wird, die ihm in Wahrheit das Gesicht geben, sondern von ganz anderen, die es verstehen, die Oeffentlichkeit zu beschäftigen und von sich reden zu machen! Meistens in einem nicht gerade sehr angenehmen Sinne!

Man muß das deutlich sagen, um den Trennungsstrich zu markieren. Daß die Danziger Tagung auch nicht dazu beitragen wird, das allgemeine Urteil in manchen Kreisen über die Universitäten überhaupt günstiger zu stimmen, wissen wir nicht minder. Trotzdem sollte man nicht verkennen, daß selbst in diesen Kreisen, die früher sicher tonangebend waren, sich die neue Zeit immer mehr bemerkbar macht und sie immer mehr bestimmt, ihr Rechnung zu tragen. Man sollte beinahe sagen, es ist nur eine Frage der Zeit, dann werden sie sich entschließen müssen, manche liebgewordene Gewohnheit fahren zu lassen, um nicht gänzlich außerhalb der Entwicklung zu stehen.

So haben die Führer der Völkischen schärfster Observanz es nicht fertig gebracht, Schmadel zu stürzen, den Vorsitzenden dieser sogenannten deutschen Studentenschaft. Obwohl er eine sehr gemäßigte Einführungsrede gehalten hatte, die im Lager der Unentwegten übel vermerkt wurde, siegte er bei der Endabstimmung über seinen völkischen Gegner mit starker Mehrheit. Die neue Zeit pocht auch hier immer vernehmbarer an die Tore. Man muß sich umstellen, wenn man mit der Zeit gehen will. Und besonders, wenn man ein Staatsamt bekleiden will, wird man sich umstellen müssen, wohl oder übel!

Wir wollen diese Entwicklung gewiß nicht überschätzen, aber es wäre auch ungerecht, sie zu unterschätzen! Was die Deutschnationalen mit Lambach erlebt haben, das haben die Unentwegten im studentischen Lager in gemilderter Form auch erlebt. Es ist hier alles im Fluß, und man muß eben abwarten.

Vortrefflich war übrigens die Rede, die der Danziger Senator Strunck im Artushof namens der Stadt vor den Studenten hielt. Er beklagte sich offen über den asozialen Geist weiter studentischer Kreise und beklagte weiter, daß man zwar das Wort Volksgemeinschaft im Munde führe, aber es an den Taten fehlen lasse. Es war, als wenn diese Worte geradezu auf diese Kreise gemünzt gewesen wären. Hoffentlich haben sie die Lehre dieses Auslandsdeutschen verstanden!

Trotzdem zeigt die ganze Tagung die noch immer bestehende Problematik des Verhältnisses zwischen Volk und Akademikern. In keinem anderen Lande wie in Deutschland ist die Kluft so groß. Wohl ist manches geschehen, aber noch nicht genug. Und es wird nicht eher Vertrauen geben, als bis auf den Universitäten der großsprecherische Nationalismus zu Grabe getragen ist.

Jugend war bisher immer fortschrittlich! So sind die deutschen Studenten Führer des Volkes vor Jahrzehnten gewesen. Dieses reaktionäre Studententum aber widerspricht so sehr dem Geiste der Jugend und ihrem Idealismus, ist so unnatürlich, daß es unmöglich ein Dauerzustand werden kann. Wir hoffen **von der Zeit und der kommenden Jugend!**

Die Verfassungsfeier im Reichstag.

Radbruchs Festrede.

◆ **Berlin, 11. August.**

Der Sitzungssaal des Reichstages war der Bedeutung des Tages entsprechend geschmückt. Die Rednertribüne und die Publikumstribünen waren mit Tannengrün und schwarz-rot-goldenem Fahnentuch ausgeschlagen; über dem Präsidentensitz waren die Wappenbanner der einzelnen Länder auf schwarz-rot-goldenem Untergrund angebracht. Das große Mittelfeld über dem Präsidentensitz war durch durch den Reichsadler ausgefüllt; rechts und links davon die Präambel der Reichsverfassung in großen gotischen Lettern. In ähnlicher Weise war auch die Wandelhalle des Reichstags ausgeschmückt; die Bildsäulen der Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg waren von großen Büschen blauer Hortensien umgeben. Kurz vor 12 Uhr erschienen der Reichskanzler und die Mitglieder des Reichskabinetts, punkt 12 Uhr in der Diplomatenloge der Reichspräsident, begleitet vom Vizepräsidenten von Kardorff, dem Reichsinnenminister Severing und dem Reichswehrminister Groener. Die Versammelten erhoben sich von den Plätzen. Nachdem der Reichspräsident Platz genommen hatte, trug der Staats- und Domchor unter Leitung von Professor Rüdel einen Festgesang vor.

Darauf ergriff

Professor Dr. Radbruch

das Wort zur Festrede. Er ging zurück auf die Rede des Perikles über den Geist des Staates der Athener und führte dann aus:

Gegner der deutschen Demokratie pflegen sie ein fremdes, undeutsches Gewächs zu nennen. Sie zu entkräften genügt der Hinweis auf eine bodenständige Demokratie deutscher Art: die schweizerische Demokratie. Von der älteren, eidgenössischen Demokratie vermag der deutsche Volksstaat manches zu lernen, unter anderem auch, wie ein Volk ernste Feste fröhlich feiert.

Der ernste Sinn solcher frohen Feiern in der Demokratie ist

die Selbstdarstellung und Bewußtwerdung des Volkes, das keinem untertan ist als sich selber,

des Volkes, von dem nach dem ersten Artikel unserer Reichsverfassung die Staatsgewalt ausgeht. Die Verfassungsfeier ist selbst ein lebendiges Stück Verfassung, Verfassung aber ist das Beharrliche im Flusse des historisch Wandelbaren, das feste Bett, das dem Strome der nationalen Geschichte seine Bahn vorschreibt — und doch wiederum von der Geschichte langsam vertieft, verbreitert und verändert wird, wie die Geschichte es sich einstmals selbst gegraben hat. Bei allem Danke, den wir Hugo Preuß schulden, den man den Vater der Verfassung genannt hat: nicht Scharfsinn oder Weisheit Einzelner schafft eine Verfassung, sondern die allmächtige Geschichte. Nicht nur die Nationalversammlung von 1919 steht bestimmend hinter unserer Verfassung — auch das Erlebnis von 1914 klingt in ihr wieder. Denken wir daran, in welcher Gesinnung damals die Besten und Tiefsten hinauszogen, ein Ludwig Frank etwa. Sie waren gewillt, als Frucht ihrer Kämpfe auch ein erneuertes, freieres Vaterland heimzubringen.

Auch uns, die wir nicht aufhören, gelobend und beschwörend der Welt zuzurufen:

Nie wieder Krieg!,

kann der Weltkrieg nicht bloß ein Unglücksfall gigantischen Ausmaßes sein. Auch für uns ist er das Heldengedicht und die Passionsgeschichte eines Volkes, die als eine größere Ilias in der Menschheit fortleben wird. Die aber damals in beispiellosen Taten und Leiden Träger des deutschen Schicksals waren, sie hätten auch bei einem anderen Ausgange des Krieges sich die Verantwortung für das deutsche Schicksal nicht wieder von den Schultern nehmen lassen. Das Volksheer bedingte den deutschen Volksstaat. Wir können der Verfassung des erneuerten Deutschland nicht gedenken, ohne des kämpfenden und leidenden deutschen Volkes von 1914 bis 1918 zu gedenken — und ohne dem Manne unsere Ehrfurcht zu bezeigen, in dem sich deutsche Volkheit jener Tage sinnbildlich verdichtet. Dem, der damals das Reich rettete, dem ersten Soldaten des alten Deutschland,

dem ersten Bürger des neuen Deutschland, gilt unser ehrfürchtiger Gruß und Dank.

Freilich: das Volk, das der Träger des neuen Staates ist, ist nicht die Volksgemeinschaft, die nur in erregten Stunden der Geschichte vorübergehende Wirklichkeit gewinnt. Das Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, entfaltet sich in dem vielfältigen Reichtum kämpfender Gruppen, Klassen und Parteien. Sprechen wir, ohne daran Anstoß zu nehmen, die Wahrheit rückhaltlos aus: daß

der Volksstaat ein Parteienstaat ist.

Dem Deutschen ist eigentümlich ein merkwürdig unsicheres Schwanken zwischen Parteiprüderie und Parteifanatismus. Man macht Parteipolitik, aber man spricht nicht davon. Man verwahrt sich dagegen Parteipolitik zu machen. Man darf es nicht vor keuschen Ohren nennen. Man spricht von der Parteipolitik gleichsam nur mit gedämpfter Stimme und vorgehaltener Hand. Man schämt sich der Parteipolitik. Man treibt Parteipolitik mit schlechtem Gewissen, als seien die Parteien etwas, was eigentlich nicht sein sollte. Man verkündigt einen Standpunkt über den Parteien — „das Vaterland über der Partei" — und blickt von diesem Standpunkt verächtlich auf den „Hader der Parteien" herab als ein sachlicher Arbeit schädliches Gezänk, als ein Gemisch von mangelnder Einsicht und bösem Willen. Der vermeintliche oder vorgebliche Standpunkt über den Parteien ist in Wahrheit nur einer unter andern Parteistandpunkten, von andern nur dadurch unterschieden, daß er sich für den einzig möglichen hält, die Vertreter aller andern aber für Schädlinge und Reichsverderber.

In Wahrheit hat jede Partei zu ihrer Aufgabe nichts anderes als das Vaterland,

bedeuten die Parteistandpunkte die verschiedenen möglichen Auffassungen vom Wohl des Landes — keiner von ihnen beweisbar und deshalb jeder von ihnen von jedem andern mit Recht zu bekämpfen, keiner von ihnen aber auch widerlegbar und deshalb jeder von ihnen von jedem andern zu achten. Die von der Höhe eines angeblichen Standpunktes über den Parteien herab betriebene Verekelung des Parteitreibens überhaupt wird aber zu einer schweren Gefahr im Volksstaate, in dem die Parteien die wichtigsten Organe des politischen Lebens sind, die Unruhe an der Uhr, die das ganze Werk im Gange hält. Man sollte vielmehr

von früh an dem werdenden Staatsbürger einprägen, daß sich zu einer Partei zu bekennen im Volksstaat Bürgerpflicht

sei. Wir wiederholen so oft, daß Wahlrecht Wahlpflicht ist — nun, dann ist es auch eine Pflicht, sich einer Partei anzuschließen, denn das heißt nichts anderes als seine Wahl nicht auf Grund eines vorübergehenden Stimmung zu vollziehen, sondern auf Grund einer überlegten und dauernden Ueberzeugung.

Der Flugsand der Unentschlossenen zwischen den Parteien,

der Verbitterten und Verärgerten, aber ist es, der unsern ganzen politischen Leben jene Unstetheit und Unberechenbarkeit gibt. Es ist für eine Partei kein Glück, wenn ihr dieser Flugsand bei einer Wahl zufliegt, um ihr bei der nächsten wieder verloren zu gehen. Auf Sand kann man nicht bauen, so kann man auch auf Flugsand keine Politik treiben. Auch der Wahlkampf würde sich veredeln, wenn er nicht mehr wesentlich ein Kampf um den Flugsand wäre, vielmehr ein Kampf um die Neuwähler, ein Kampf um die Jugend. Dann hieße es vor den hellen, prüfenden Augen der Jugend den Wahlkampf nicht führen mit dem, was andere Parteien falsch gemacht haben, sondern mit dem, was man selbst geleistet hat und zu leisten verspricht.

Die deutsche Parteiprüderie

ist aber nur die andere Seite des deutschen Parteifanatismus. Wir führen Parteikämpfe, wie wir ehemals Religionskriege führten, nicht als Gegner, die auf verschiedenen Wegen dem gleichen Ziel zustreben, sondern als unversöhnliche Feinde bis in das privateste Parteileben hinein. Parteihaß spaltet bei uns Freundschaften und löst Familienbande. Das ist menschlich peinlich und lächerlich, aber es ist auch politisch gefährlich. Man beklagt oft die Schäden unseres Parteiwesens, aber man trifft nicht den richtigen Punkt, wenn man den Grundschaden in der Vielheit der Parteien und das Allheilmittel in einem Zweiparteiensystem sucht. Das Zweiparteiensystem ist nur dort möglich, wo die einander in der Regierung ablösenden Parteien einen umfassenden Bestand gemeinsamer politischer Gedanken und Gesinnungen haben. Sonst legt sich im Wechsel der Regierungen das Staatsschiff bald tief auf die eine, bald tief auf die andere Seite, um schließlich zu kentern. Es kann aber kein Zweifel sein, daß bei uns

das Zweiparteiensystem die Zerfällung in Bourgeoisie und Proletariat, in Parteien von unversöhnlicher Gegensätzlichkeit bedeuten würde.

Wer das als eine parlamentarische Auswirkung der Lehre vom Klassenkampf ansieht, der mißversteht so-

Der Tag von Wilna.

Pilsudskis Ankunft.

:: **Wilna, 11. Aug.** Marschall Pilsudski ist am Sonnabend nachmittag 6,50 Uhr mit einem Sonderzug aus Warschau hier eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich seine Gattin und seine beiden Töchter, außerdem zahlreiche Offiziere. Auf dem Bahnhof hatte sich eine sehr zahlreiche Menschenmenge eingefunden. Nachdem der Marschall die Front der Ehrenkompagnie abgeschritten hatte, wurde er von den Vertretern der Garnison, des Wojwodschaftsamtes, der Stadt und der Verbände begrüßt. Im Laufe des Sonnabend sind in Wilna u. a. sieben Vertreter Kownoer Blätter, und zwar vier litauischer, eines polnischen, eines russischen und eines jüdischen, eingetroffen. Diese Tatsache hat hier großes Aufsehen erregt, weil bis jetzt noch niemals litauische Journalisten offiziell nach Polen gekommen waren. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, rechnet man mit dem Eintreffen von 5—6000 Legionären. Die Stadt hat Flaggenschmuck angelegt. An einigen amtlichen Gebäuden wurden Transparente mit den Buchstaben „J. P.", den Anfangsbuchstaben des Namens des Marschalls, angebracht.

★

Die unpolitische Rede des Marschalls.

× **Wilna, 12. Aug.** Die Messe in der Kathedrale sowie die Ansprache des Bischofs Bandurski auf dem Platz vor der Kathedrale, ferner der Beginn des Umzuges mit dem Gesang der Rota wurden auf Radio übertragen. Die Zahl der anwesenden Gäste wird auf 10 000 geschätzt — Pilsudskis lange angekündigte und mit allgemeiner Spannung erwartete große Rede entpuppte sich als vollständig unpolitisch in volkstümlichem Tone gehaltene Folge von Kriegsanekdoten und Erzählungen, die von den anwesenden Legionären mit großem Beifall und unbändigem Gelächter aufgenommen wurde. Die Rede, die durch keinerlei einheitliche Gedankenfolge zusammengehalten war und in der verschiedene Einzelheiten unverständlich blieben, dauerte etwa eine Stunde. Nach einer kurzen Einleitung, in der Pilsudski die Liebe kleiner Kinder zu ihrer Mutter mit der Stellung Wilnas zu Polen verglich, kam er auf die Zeit des Krieges zu sprechen. In kameradschaftlichem Tone erzählte er einige selbsterlebte Anekdoten, in denen er die Erinnerung an diese Zeit wachrief und auf die vielen Leiden hinwies, die Polen während dieser Zeit habe durchmachen müssen. Er berichtete auch über Erlebnisse mit österreichischen, deutschen und russischen militärischen Persönlichkeiten während des Krieges, in denen diese lächerlich gemacht wurden. Er schilderte dann den Gemütszustand während seiner Festungshaft in Magdeburg, in der seine Gedanken immer um seine Geburtsstadt Wilna gestreift seien. Der Gedanke „Wilna muß mein sein", habe ihn seitdem nie wieder losgelassen. Seine Rede schloß mit den Worten: „Ich wünsche Euch, daß Euer Herz heute so lichterloh brennt, wie es der Fall war, als Ihr hier Euren Einzug gehalten habt".

In politischen Kreisen ist man sich noch nicht klar darüber, welche Rückschlüsse man aus dieser Rede des Marschalls ziehen soll, nachdem bereits seit langer Zeit eine wichtige politische Rede Pilsudskis angekündigt worden war. Man nimmt an, daß der Marschall vielleicht von seiner näheren Umgebung von der öffentlichen Behandlung sowohl der innerpolitischen wie auch der polnisch-litauischen Frage abgebracht worden ist und sich damit begnügt hat, in einer auf seine alten Militärkameraden zugeschnittenen Ansprache seine Anhänglichkeit an seine Vaterstadt Wilna zum Ausdruck zu bringen.

Die angeblichen Paßfälschungen der bayrischen Landespolizei.

Keine Beziehungen zu dem Mord an Gareis.

× **München, 11. Aug.** Zu der Notiz über Paßfälschungen der bayrischen Landespolizei teilt die Amtliche Bayrische Pressestelle mit:

Polizeioberst von Seisser hat als Beauftragter des damaligen bayrischen Generalstaatskommissars am 22. Oktober die Polizeidirektion München schriftlich angewiesen, für einen gewissen Helmut Isenburg, dessen nähere Personalien angegeben waren, einen Personalausweis auszustellen. Nach den für den Wirkungskreis des Generalstaatskommissars damals geltenden Bestimmungen war die Polizeidirektion verpflichtet, diesem Antrag Folge zu leisten. Die Paßabteilung hat daher den gewünschten Paß ausgestellt. Polizeioberst von Seisser, der sich zur Zeit in Urlaub befindet, hat mitgeteilt, daß ihm seinerzeit von vertrauenswürdiger Seite ein Mann namens Isenburg vorgestellt und bestens empfohlen worden sei. Am 3. November 1923 wurde von der Polizeidirektion jedoch festgestellt, daß man es mit einem politischen Abenteurer zu tun hatte. Der Mann, dessen richtiger Name Werner Abel war, wurde festgenommen und befand sich längere Zeit in Schutzhaft, bis er Anfang 1924 auf Grund eines gegen ihn wegen Münzfälschung erlassenen Haftbefehls nach Berlin abgeliefert wurde. In der an das Staatsministerium der Justiz gerichteten Strafanzeige des Abel sind Angaben über den Mord an dem Abgeordneten Gareis nicht enthalten. Die Mitteilungen haben jedenfalls den zuständigen Stellen Veranlassung zur Nachprüfung gegeben."

★

Ungarn fahndet nach Oberleutnant Braun.

⊠ **Budapest, 11. Aug.** Der „Pesti Naplo" teilt mit, daß in der politischen Abteilung der Oberstadthauptmannschaft eine Untersuchung eingeleitet worden sei, um festzustellen, ob der deutsche Oberleutnant Braun, der den bayrischen Abgeordneten Gareis ermordete, sich in Budapest aufhalte. Diese Maßnahme sei darauf zurückzuführen, daß ein gewisser Abel, der sich als gewesenes Mitglied des Wiking-Bundes ausgebe, die Anzeige gemacht habe, daß Braun als Fabrikdirektor in Ungarn tätig sei.

★

Er stellt sich der Polizei.

Budapest, 11. Aug. Wie „Esti Kurier" meldet, erschien heute der bei einer Budapester Firma angestellte Reichsdeutsche Braun auf der Polizei, um den Nachweis zu führen, daß er nicht identisch sei mit dem in den Blättern erwähnten Mörder des bayerischen Abgeordneten Gareis. Braun gab an, 28 Jahre alt und aus Bayern gebürtig zu sein. Er sei seinerzeit Oberleutnant gewesen und sei vor etwa 1½ Jahren nach Budapest gekommen, wo er sich mit Hilfe eines Bekannten eine Stelle verschafft habe. Er habe sich seinerzeit ordnungsgemäß bei der Polizei gemeldet, und auch der Umstand, daß er sich jetzt neuerdings der Polizei zur Verfügung stelle, spreche nicht für sein Schuldbewußtsein. Die Polizei nahm seine Angaben zu Protokoll und wird sich mit den ausländischen Behörden in Verbindung setzen, um zu ermitteln, ob dieser oder ein anderer Braun gesucht werde. Braun wurde nach beendetem Verhör von der Polizei entlassen.

wohl den Klassenkampf wie den Parlamentarismus. Gerade das Koalitionssystem, gerade der Zwang einer Mehrheit von Parteien, bürgerlichen und sozialistischen, zur Führung des Staates ist notwendig, um eine gewisse Stetigkeit der Politik zu verbürgen.

Nicht die Vielheit der Parteien ist der Grundschaden unseres Parteiwesens, sondern ihre Starrheit.

Wenn wir unsern Blick vergleichend auf das Ausland richten, so finden wir in Frankreich ein gänzlich unstarres Parteiensystem, lose parlamentarische Gruppen ohne feste Programme, die sich um eine einflußreiche Führerpersönlichkeit bilden, leicht verschmelzen und sich leicht wieder trennen, in England und Amerika ein sozusagen halbstarres Parteiensystem: alte und feste Parteiorganisationen, die sich aber nicht an feste Parteiprogramme gebunden haben, sondern nur Aktionsprogramme, Plattformen von Wahl zu Wahl aufstellen. Nur in Deutschland haben wir ein völlig starres Parteiensystem: feste Organisationen und feste Programme, geradezu Glaubensbekenntnisse, deren Wechsel schwieriger ist als ehemals ein Konfessionswechsel. Man sagt unseren Parteien wohl nach, sie seien in zu hohem Grade Interessenparteien. Das Gegenteil ist richtig: sie sind in zu starrem Maße Weltanschauungs-, Ueberzeugungsparteien.

Für eine Ueberzeugungspartei ist aber die erste aller Tugenden Ueberzeugungstreue,

jedes Kompromiß beinahe schon ein Verrat. In einem Staate, in dem die Parteien wohl zu reden, aber nichts zu sagen hatten, mochte es in der Tat erträglich sein, Ueberzeugungstreue für die höchste aller Parteitugenden um die immer neue Wiederholung derselben Ueberzeugungen für Politik zu halten. Friedrich Naumann hat bekanntlich im alten Staate den Saal, in dem wir uns befinden, als

die „Halle der Wiederholungen"

bezeichnet. Parlamentarismus aber fordert von den Parteien in erster Linie nicht Ueberzeugungstreue, sondern Geschmeidigkeit, und das Grundübel unseres Parteiwesens besteht darin, daß wir die starren Parteien des Obrigkeitsstaates in den parlamentarischen Staat unverändert übernehmen zu können glaubten. Deshalb muß jede Koalition dem Parteigewissen bei uns erst mühsam abgerungen werden. Deshalb bildet bei uns

jede Regierungsbildung eine schwere und langwierige Geburt.

Jede Partei bindet sich erst selbst an einen Pfahl, um dann zu sagen: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders." So haben wir mit deutscher Gründlichkeit den behenden politischen Bewegungskrieg in einen schwerfälligen politischen Stellungskampf verwandelt. Wir müssen hoffen, daß der Parlamentarismus allmählich sich die Parteien erziehen wird, wie er sie braucht.

Unser politisches Leben ist aber nicht nur mit dem Gegensatz der Parteien belastet, sondern auch mit dem

Gegensatz der Klassen.

Mit der staatsbürgerlichen Gleichheit, wie die Verfassung sie gewährleistet, steht die wirtschaftliche Ungleichheit in schwer erträglichem Gegensatz — ich sage nicht: die Ungleichheit der wirtschaftlichen Lage, sondern die Ungleichheit der wirtschaftlichen Chance. Der Untertan ist zum Staatsbürger geworden, aber der Staatsbürger ist noch immer Wirtschaftsuntertan. Den Arbeitnehmer zum Wirtschaftsbürger zu erheben, ist eine im Geiste der Verfassung selbst vorgezeichnete Aufgabe. Schon beginnen die Besten unter den Wirtschaftsführern ihrerseits sich als die ersten unter den Wirtschaftsbürgern zu fühlen, als die ersten Diener der Wirtschaft.

„Eigentum verpflichtet"

sagt die Reichsverfassung. Als der absolute König sich als der erste Diener des Staates erkannte, war es das erste Vorzeichen des kommenden Volksstaates. Daß sich die absoluten Herrscher der Wirtschaft selbst für die ersten Diener der Wirtschaft erklären, kann der Vorbote einer ähnlichen, gemeinwirtschaftlichen Entwicklung auf dem Gebiete der Wirtschaft sein. Es hieße unschicklich denken zu glauben, daß für unsere Wirtschaftsentwicklung bereits aller Tage Abend sei. Eine Wirtschaftsordnung, die

der Tatsache der Arbeitslosigkeit nicht Herr

werden kann, kann nicht das letzte Wort der ökonomischen Entwicklung sein. Hände, die fähig wären, die unbefriedigten Bedürfnisse ihrer Träger zu stillen, müssen ruhen, weil ihnen die zur Befriedigung jener Bedürfnisse erforderlichen Arbeitsstoffe und Arbeitsmittel nicht zur Verfügung stehen, weil es noch nicht geglückt ist, diese vier Dinge: Bedürfnisse und Arbeitskräfte, Arbeitsstoffe und Arbeitsmittel zueinander in die richtige Beziehung zu bringen. Schon stehen wir nach dem Zeugnis bedeutender Wirtschaftskundiger

mitten in einer gewaltigen Umwälzung unseres Wirtschaftssystems,

in dem Uebergange von der freien zur gebundenen Wirtschaft. Die neue gebundene Wirtschaft ist dem Staate gegenüber zugleich mächtiger und beeinflußbarer als die alte freie Wirtschaft — mächtiger, weil die neu entstandenen Wirtschaftskolosse immer mehr zu staatsähnlicher Macht gelangen, beeinflußbarer, weil der Staat selbst, noch immer der mächtigste unter den Wirtschaftskörpern, eine in wenigen Händen konzentrierte Wirtschaft naturgemäß leichter zu bestimmen vermag als eine Anzahl kleiner Betriebe. So scheint eine Zeit — gewiß: nicht unvorbereiteter wirtschaftspolitischer Experimente, wohl aber programmatischer Durchkonstruktion des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft nahe zu sein.

Neben dem Klassengegensatz, neben dem Parteipartikularismus ruht auf unserem politischen Leben die Last des Länderpartikularismus.

Im Dürerjahre tritt es uns besonders ins Bewußtsein, daß deutsche Art und Kunst in einem groß aufgefaßten Ganzen doch die Fülle liebevoll gesehener Einzelheit nicht missen möchten. So verlangt die deutsche Seele auch von dem Erbauer ihres politischen Gehäuses Erhaltung der gewachsenen Vielfältigkeit innerhalb der bewußt gemachten Ganzheit. Vielfältigkeit in der Einheit. Kulturelle Mannigfaltigkeit mit der gebotenen wirtschaftlichen und politischen Konzentration zu verbinden, ist die schwere Aufgabe unseres Verfassungslebens. Mehr und mehr hat sich erwiesen, daß ihre Lösung nicht in dem, was Bismarck mit starkem Wort den „gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel" nannte, nicht in der Eigenstaatlichkeit der Teile in einem bundesstaatlichen Ganzen liege, sondern in dem Gedanken, dessen Verwirklichung die vorbildliche politische Leistung der Deutschen ist, in der deutschen Selbstverwaltung.

Der durch Selbstverwaltung dezentralisierte Einheitsstaat

ist das klar vorgezeichnete Ziel unserer innerstaatlichen Entwicklung, der Weg zu ihm freilich noch im Dunkeln. Denn zwei Aufgaben sind unlöslich miteinander verknüpft: die Neugliederung Deutschlands und der Aufbau des Einheitsstaates. Kein Einheitsstaat ohne Neugliederung, keine Neugliederung ohne Einheitsstaat. Die Zwischen- und Teillösungen, die die einheitliche Aufgabe von einzelnen Seiten in Angriff nehmen, stellen zumeist eine Gefährdung der Endlösung dar. Immer mehr zeigt sich, daß die Neugestaltung des Reichs nur nach einheitlichen Plane durch eine einheitliche Tat verwirklicht werden kann. Aber in der Politik geschieht das Vernünftige niemals schon deshalb, weil es vernünftig ist, sondern nur, wenn das Vernünftige kraft eines höheren Zwanges auch geschehen muß.

Zu großen geschichtlichen Neuerungen ist der heilige Donnerschlag eines großen Augenblicks unerläßlich,

der das Große groß und das Kleine klein erscheinen läßt. Woher soll uns dieser Zwang zu einer Deutschheit kommen, der stärker ist als alle überkommenen Partikularismen? Jener Sturmwind, der das Kleine hinwegfegt,

Die Lage in Jugoslawien.

Eine beruhigende Erklärung.

:: **Genf,** 11. Aug. In der „Neuen Züricher Zeitung" wird am Sonnabend von besonderer jugoslawischer Seite eine Erklärung veröffentlicht, die ihrem Inhalt nach offenbar von halbamtlicher Seite stammt. In der Erklärung heißt es: Im Gegensatz zu der reichlich tendenziösen Berichterstattung eines Teiles der westeuropäischen Presse müsse festgestellt werden, daß von einem Kriegszustand zwischen Belgrad und Agram keine Rede sein könne. Die gegenwärtige jugoslawische Regierung sei ein Arbeitskabinett, das vor allem den inneren Frieden erstrebe. Wenn wirklich die bäuerlich-demokratische Koalition (Kroaten) so vorgehen sollte, wie es in einem Teil der Presse zu lesen sei, das heiße, daß sie einen Aufstand gegen den Staat vorbereite, dann müßte freilich die Regierung entsprechende Maßnahmen treffen. Davon sei aber ernstlich gar nicht die Rede. Im ganzen Staatsgebiet herrsche völlige Ruhe. Ein erbitterter Kampf werde freilich ausgefochten werden, aber mit friedlichen Mitteln der politischen Taktik, mit Zeitungsartikeln und Entschließungen. Davon, daß die bäuerlich-demokratische Koalition die Loslösung Kroatiens betreibe, könne im Ernst nicht die Rede sein, wie schon die von Pribitschewitsch am 1. August abgegebenen Erklärungen bewiesen. Das Höchstmaß der Forderungen der Kroaten laufe auf eine Verfassungsänderung hinaus, die durchaus die Einheit des Staates wahren würde.

★

Die Kroaten fordern Autonomie.

)) **Wien,** 11. Aug. Wie „Die Stunde" aus Agram meldet, wurde in der Sitzung der Vereinigten Bäuerlich-Demokratischen Partei am Freitag ein Aufruf ausgearbeitet, in dem für Kroatien als das „Land einer Nation von einer tausendjährigen geschichtlichen, ethnographischen und verfassungsrechtlichen Einheit" eine eigene Landesgesetzgebung, Autonomie in der Verwaltung und in den Finanzen gefordert und des weiteren verlangt wird, daß in der gemeinsamen Gesetzgebung die Hegemonie der Serben aufhöre.

★

Vorbereitung von Racheakten.

:: **Wien,** 11. Aug. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Agram, die dortige Polizei sei von der Belgrader Präfektur verständigt worden, daß sich der ehemalige Komitatschiführer Katovitsch mit drei seiner Anhänger nach Agram begeben habe, um den Mord an dem Verdischen Journalisten Ristowitsch durch Terrorakte zu rächen. So sei von ihnen auch ein Anschlag auf das kroatische Blatt „Hrvat" geplant. Heute mittag erschienen Beamte der Agramer Polizei in der Redaktion des Blattes und ersuchten die Angestellten das Haus zu verlassen, das dann von der Polizei besetzt und umstellt wurde. Es ist der Polizei jedoch nicht gelungen, die vier angekündigten Kommitatschi ausfindig zu machen. In Agram herrscht große Erregung.

---

jener Donnerschlag, in dem die Stimme des Großen zu uns spricht, sie werden da sein in jenem Augenblick,

wo Oesterreich, von dem allen Völkern verheißenen Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machend,

sich dem großen deutschen Mutterlande anschließen wird. Dann wird ein brausender Jubel durch die deutsche Seele gehen — nicht ein Machtrausch, wie dem Mißtrauen des Auslandes gesagt sein mag, sondern der edle Rausch erfüllter Volksbrüderlichkeit — ein Jubel, vergleichbar nur dem Jubel jenes Erlösungs- und Befreiungstages, an dem der letzte fremde Soldat deutschen Boden räumen,

an dem der Rhein, die Pfalz, die Saar wieder ganz unser sein wird.

Es gibt keinen Deutschen, der nicht in diesen beiden Forderungen der Vereinigung mit Oesterreich und der Befreiung der besetzten Gebiete mit allen andern Deutschen einig wäre. Das Nationale versteht sich wie das Moralische von selbst, und am meisten gerade bei denen, welchen Gefühlskeuschheit das laute Bekenntnis zur Nation von der Lippe bannt. Aber daß es sich von selbst versteht, ist nicht zum mindesten das Werk der Weimarer Verfassung. Auch die Gegner des neuen Staates sollten nie vergessen, daß erst der neue Staat breite Kreise, die dem alten Staate ausgestoßen und fremd gegenüberstanden, zur Bejahung des Staates vermocht hat. Eine Verfassung ist wie ein Schild, der seinem Träger umso lieber wird, je mehr Schrammen und Narben vergangener Kämpfe er zeigt. Eine Verfassung ist wie eine Fahne, die umso heiliger wird, je mehr sie von Schwerthieben zerschlissen und von Kugeln durchbohrt ist. Es gibt einen alten Aberglauben, daß nur das Haus bestehe, in dessen Grundstein ein Lebendiges eingemauert ist. Wie unendlich viel Leben ist in das Fundament unserer Verfassung eingemauert worden! An der Stelle, an der ich stehe, grüßte mit einem unvergeßlichen Klang in der Stimme, mit einer unvergeßlichen Handbewegung Friedrich Ebert den Sarkophag, der Walter Rathenaus Sterbliches barg, der große Staatsmann, der das Reich zum zweiten Male gründete, den großen Staatsmann, der die neue Außenpolitik des Reiches am sichtbarsten vertrat, beide umgeifert von der Verleumdung, beide Opfer der Pflicht bis in den Tod. Und wieviele Namenlose haben neben ihnen für diese Verfassung gekämpft und geblutet! Eines der schönen Kampf- und Trutzlieder unserer Arbeiterschaft endet mit dem hochgemuten Wort:

Und das ist das Herrliche, Große in der Welt:
Das Banner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt!
Bürger und Bürgerinnen der deutschen Republik, das Banner,

das schwarz-rot-goldene Banner, wird stehen, die Weimarer Verfassung wird stehen, die deutsche Republik wird stehen!

Reicher Beifall dankte dem Festredner Nachdem der Festgesang „An Deutschland" von Max Kahlbeck zum Vortrag gebracht worden war, nahm

Reichskanzler Hermann Müller

das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Herr Reichspräsident, meine Damen und Herren! Wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit auch heute wieder den Tag festlich begeht, an dem die in Weimar in schwerster Zeit geschaffene Verfassung die gesetzliche Grundlage des Reiches wurde, so darf es das mit stolzer Genugtuung. Denn diese erste große staatsrechtliche Schöpfung nach dem tragischen Ausgang des Weltkrieges in einer Zeit grenzenloser innen- und außenpolitischer Not war eine Tat ungebeugten deutschen Lebenswillens, ein lebendiger Beweis für den nationalen Zusammenhalt des ganzen Volkes in allen seinen Stämmen und Schichten und ein starkes Bekenntnis zum freiheitlichen demokratischen Volksstaat. Weimar ist erneut das Symbol deutscher Einheit geworden, und darauf sind wir stolz. Immer mehr wächst von Jahr zu Jahr die Zahl derer im deutschen Volke, die dankbar und freudig die Wiederkehr des Geburtstages der Weimarer Verfassung feiern. Die Erkenntnis setzt sich durch, daß nur auf der Grundlage dieser Verfassung ein Wiederaufstieg Deutschlands möglich ist. In dieser Feierstunde wollen wir alle erneut geloben, für den Schutz und die Achtung der Reichsverfassung und ihrer Symbole einzutreten, indem wir in den Ruf einstimmen: Das in der Republik geeinigte deutsche Volk es lebe hoch!"

Die Versammlung stimmte ein und sang dann die erste und letzte Strophe des Deutschlandliedes. Dann erhob sich der Reichspräsident, begrüßte die Versammlung und verließ den Plenarsaal.

Nach der Feier im Reichstag, während derer ein Flugzeuggeschwader über dem Festplatz kreiste, begaben sich der Reichspräsident und die Mitglieder des Reichskabinetts durch das Hauptportal auf die Freitreppe. Dort vor dem Bismarckdenkmal hatte bereits vor 12 Uhr eine Ehrenkompagnie der Reichswehr Aufstellung genommen, deren Kapelle die nach Tausenden zählende Menschenmenge auf dem festlich geschmückten Platz der Republik mit Musikvorträgen unterhielt. Brausender Jubel erscholl, als Reichspräsident von Hindenburg auf der Freitreppe erschien. Die Musik spielte den Präsentiermarsch. Der Reichspräsident nahm die Meldung entgegen und schritt zusammen mit dem Reichswehrminister und den übrigen Herren seines Gefolges die Front ab. Die Musik leitete in das Deutschland-Lied über, das von der Menge entblößten Hauptes mitgesungen wurde. Unter immerwährenden Hochrufen verließen der Reichspräsident und die Minister in ihren Wagen den Platz. Absperrungen waren diesmal nur wenig vorgenommen.

Aus Anlaß des Verfassungstages gab der Reichskanzler ein Frühstück, an welchem die Mitglieder des Reichskabinetts, die Staatssekretäre nebst Admiral Zenker, sowie die Festredner des Tages, Prof. Dr. Radbruch, Oberbürgermeister Boeß, die bei den Feierlichkeiten mitwirkenden Künstler, das Präsidium des Reichstages und die Vertretung des Reichsrates teilnahmen.

Sozialdemokratie und Panzerkreuzer.

Der Beschluß des Reichskabinetts, den Bau des Panzerkreuzers A in Angriff zu nehmen, bedeutete ohne Zweifel für weite Kreise des deutschen Volkes eine Ueberraschung, deren Intensität noch dadurch verstärkt wurde, als man erfuhr, daß sich im Schoße des Reichskabinetts kein Widerspruch geltend gemacht hatte. Innerhalb der Sozialdemokratie zeigt sich darob eine starke Beunruhigung. Der „Vorwärts" erklärte zuvor, daß sich durch den Beschluß des Reichskabietts an der grundsätzlichen Einstellung der sozialdemokratischen Minister zu diesem Kriegsschiffbau nichts geändert habe. Anderer Ansicht ist offenbar die „Leipz. Vztg". Sie fordert in einem zum Verfassungstage geschriebenen Artikel kategorisch den sofortigen Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierungsgemeinschaft. Nach dem einstimmig gefaßten Kabinettsbeschluß, den Panzerkreuzer A zu bauen, sei auch hier bewiesen, daß in dieser Koalitionsregierung nicht die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie, sondern die der anderen Parteien die Oberhand habe. In einer so schwerwiegenden und die Geschicke der deutschen Arbeiterklasse so ernsthaft bestimmenden Frage wie der der imperialistischen Betätigung der deutschen Bürgerschaft müsse die Entscheidung klar sein: Heraus aus der Koalition! Wir glauben zwar nicht, daß die sozialdemokratische Parteileitung allzu großes Gewicht auf diese Forderung aus dem radikalen Sachsen, wo man ja schon bei der Regierungsbildung frondierte, legen wird, aber auch die Sozialdemokraten werden nunmehr einsehen müssen, daß es etwas Grundverschiedenes ist, in Oppositionsstellung unbequeme Vorlagen in Grund und Boden zu verdammen oder in verantwortlicher Position in der Reichsregierung sachliche Arbeit zu leisten.

Koch gegen Luther.

)) **Berlin,** 12. August. In der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht Reichsminister Koch-Weser eine ausführliche Stellungnahme zu den Vorschlägen Dr. Luthers zur Reichsreform. Er weist darauf hin, daß Luther darin Recht zu geben sei, daß für Süddeutschland eine ähnlich territoriale Umwälzung nicht erforderlich sei, wie für Norddeutschland. Es beständen aber die stärksten Bedenken, für Norddeutschland einen endgültigen Zustand zu schaffen, wenn für Süddeutschland nicht etwa nur in territorialer, sondern auch in organisatorischer und staatsrechtlicher Beziehung alles beim alten bleibe. Er trage auch die schwersten Bedenken, einen Verzicht auf das Land Preußen auszusprechen, solange die süddeutschen Länder ihre jetzige souveränitätsähnliche Stellung behielten. Es komme darauf an, gleiches Recht für alle Deutschen zu schaffen. Zum Schluß meint Reichsminister Koch, was vom Bund zur Erneuerung des Reiches geplant werde, scheine ihm, wenigstens auf den ersten Blick, kein lebendiger Organismus, sondern eine tote Organisation zu sein.

Dr. Stresemann fünf Jahre Reichsaußenminister.

— **Berlin,** 12. Aug. Das W. T. B. schreibt: Am 13. August kann Reichsminister Dr. Stresemann auf eine fünfjährige Tätigkeit als Reichsminister des Aeußern zurückblicken. In diesen fünf Jahren hat Dr. Stresemann den moralischen und politischen Wiederaufbau Deutschlands mächtig gefördert und sich selbst im In- und Auslande eine Stellung geschaffen, die heute vielleicht unser wertvollstes Aktivum in der internationalen Politik bildet. Die gesundheitlichen Folgen dieser unerhört aufreibenden Tätigkeit konnten nicht ausbleiben. Umso dringender und herzlicher ist der allgemeine Wunsch, daß Dr. Stresemann das hohe Amt, das er lange Zeit unter den schwierigsten, ja fast hoffnungslosen Verhältnissen übernommen, noch lange Jahre möge bekleiden können, sich selbst zur Ehre, dem Deutschen Reich zum Heile.

Geheimnisvoller russischer Flottenbesuch vor Memel.

◇ **Memel,** 11. Aug. Am Freitag tauchte vor Memel ein Geschwader von Kriegsschiffen auf, die von Fischern als sowjetrussische Torpedoboote und Kreuzer erkannt wurden. Insgesamt wurden 23 Kampfeinheiten festgestellt. Während ein Teil der Kriegsschiffe nach Nordwesten fuhr, nahmen 13 Schiffe, darunter sechs Torpedoboote, den Kurs auf Memel und blieben längere Zeit innerhalb der litauischen Hoheitsgrenze. Am Sonnabend früh waren die Kriegsschife wieder verschwunden

Das Auftauchen so starker Teile der russischen Flotte wird als eine Demonstration gegen Polen gedeutet. Wie erinnerlich, hatte die Sowjetregierung schon beim ersten Akutwerden des polnisch-litauischen Streitfalles eine Note an Polen gerichtet, in der sie zum Ausdruck brachte, daß sie einer Einmischung in litauische Angelegenheiten, in welcher Form und von welcher Seite eine solche auch immer erfolgen würde, nicht ruhig zusehen könne. Scheinbar glaubt nun die Sowjetregierung, daß eine Einmischung Polens in litauische Angelegenheiten aus Anlaß der Anwesenheit Pilsudskis in Wilna erneut in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist, und will ihr Interesse durch eine Flottendemonstration zum Ausdruck bringen.

Großer Schloßbrand.

— **Augsburg,** 12. Aug. Das dem Grafen Schenk von Stauffenberg gehörende Schloß in Jettingen in Schwaben ist in der vergangenen Nacht zum größten Teil niedergebrannt. Das gesamte aus dem 15. Jahrhundert stammende Schloß ist mit seinen 70 Zimmern zerstört worden. Das Feuer war im Dachstuhl ausgebrochen. Der größte Teil der umfangreichen Schloßeinrichtung nebst einer wertvollen Bibliothek wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden dürfte viele Hunderttausend Mark betragen. Das Gebäude ist bis auf die unteren Stockwerke völlig ausgebrannt, sodaß ein Abbruch unvermeidlich ist. Die Brandursache ist noch nicht geklärt, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß Fahrlässigkeit durch Handwerksleute vorliegt. Menschenleben kamen bei dem Brande nicht zu Schaden.

Tobsüchtiger am Rande des Abgrunds.

Wien, 11. Aug. An der Südwand des Dachstein-Gebirges hatte sich, wie berichtet, eine Gruppe von sieben Wiener Touristen verirrt. Die Touristen waren auf dem Wege über die sogenannte Steiner-Route, eine der schwierigsten Kletterpartien des Dachsteingebietes, von einem Unwetter (Hagel und vor allem Neuschnee) überrascht worden, das die Felsen vollkommen unpassierbar machte. Sie beschlossen daraufhin, auf einem Felsenvorsprung, dem sogenannten Frühstücksplatz, in ihren Zelten zu übernachten. Ihre Hoffnung, am andern Morgen nach Besserung der Witterungsverhältnisse weitersteigen zu können, wurde jedoch enttäuscht. Es war soviel Neuschnee gefallen, daß der glatte Fels unmöglich zu bewältigen war. Die Touristen begannen, um Hilfe zu rufen, wurden jedoch erst entdeckt, nachdem sie bereits drei Tage und drei Nächte auf dem Felsenvorsprung ausgeharrt hatten.

Inzwischen erlitt ein Mitglied der Gruppe namens Alfred Sturm einen Nervenzusammenbruch. Er begann zu toben und konnte von seinen Kameraden, die sich selbst in bedrängter Lage befanden, und von ständiger Absturzgefahr bedroht waren, nicht gebändigt werden. Man mußte ihn mit Eisenklammern an die Wände fesseln, um ihn an dem wilden Umsichschlagen zu hindern. Der Tobsüchtige riß sich jedoch auch aus dieser eisernen Umklammerung los und stürzte in die Tiefe, wo er mit zerschmettertem Schädel liegen blieb. Ein anderer Tourist der Gruppe der Bäcker Windsteig, ist noch tragischer ums Leben gekommen. Das Seil, an dem er in die rettende Höhe gezogen werden sollte, hatte sich am Felsen abgewetzt, und Wind steig stürzte ebenfalls in die Tiefe. Die anderen Touristen konnten nur mit unsäglicher Mühe von der Wiener Rettungsexpedition gerettet werden.

* * *

Zermatt, 11. Aug. Der 25jährige Rudolf Beer aus Graz und der 32jährige Franz Pfusterer aus Karldorf, die sich auf einer Ferienreise befanden, versuchten am Mittwoch, die Dent Blanche von der Südseite her zu besteigen. Dabei verstiegen sie sich. Die beiden Touristen waren nicht angeseilt. Beer tat einen Fehltritt, stürzte 70 Meter ab und blieb mit bedeutenden Quetschungen auf dem Gletscher liegen. Pfusterer rief dem Abgestürzten zu, daß er sich nach der drei Stunden entfernten Schönbüttel-Hütte begeben wollte, um Hilfe zu holen. Seitdem ist Pfusterer nicht mehr gesehen worden. Beer mußte ohne Proviant bis gestern mittag auf dem Gletscher ausharren. Er schleppte sich schießlich mit unsäglicher Mühe zur Schönbühler Hütte, wo er in völlig erschöpftem Zustande eintraf. Eine Kolonne brachte ihn heute abend nach Zermatt. Sein Befinden ist ernst, doch nicht hoffnungslos. Man vermutet, daß Pfusterer während des Marsches nach der Hütte in einen Steinschlag geraten oder in eine Gletscherspalte gestürzt ist.

Ein schwerer Unfall im Kopenhagener Hafen.

• **Kopenhagen,** 10. Aug. Am Freitag ereignete sich in der Einfahrt des hiesigen Hafens ein schwerer Unfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Der englische 17 000 t große Touristendampfer „Ranfhi" wurde von vier Schleppdampfern „Juno", „Svava", „Pan" und „Pluto" in den Hafen bugsiert. „Juno" befand sich an der hinteren Seite des Touristendampfers und war durch eine am Achterdeck des Dampfers „Ranfhi" befestigte Trosse mit diesem verbunden. Durch falsches Manövrieren neigte sich „Juno" etwas zur Seite, fing Wasser und wurde von dem mit großer Kraft vorwärtsfahrenden englischen Dampfer nachgezogen. Als man endlich die Trosse gekappt hatte, war schon so viel Wasser in den Schlepper gelaufen, daß er sank. Von der fünfköpfigen Mannschaft wurden drei gerettet, während der Maschinenmeister und ein 15jähriger Schiffsjunge ertranken. Da das Unglück in seinen Einzelheiten noch nicht geklärt werden konnte, sollen morgen Untersuchungen durch das Handels- und Seefahrtsgericht vorgenommen werden. Der Bugsierdampfer „Juno", das zweitgrößte der auch in England bekannten dänischen Firma Switzer, wurde 1923 in Holland erbaut und war 76 t groß.

Vermischte Nachrichten.

Ein Güterzug entgleist.

Essen, 12. Aug. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Am 11. August, nachts 1,10 Uhr, überfuhr im Bahnhof Scharnhorst auf der Strecke Dortmund-Hamm der Taubenzug Nr. 6073 das „Halt" zeigende Ausfahrtsignal. Lokomotive, Packwagen, Begleitwagen und zwei Taubenwagen entgleisten. Vier weitere Wagen wurden stark beschädigt. Die Lokomotive überfuhr einen Prellbock und rutschte die Böschung hinunter. Personen wurden nicht verletzt. Die Beschädigung des Frachtgutes ist unbedeutend. Der Zug wurde mit besonderer Lokomotive mit etwa fünfstündiger Verspätung weiterbefördert.

Verzweiflungstat eines Familienvaters.

— **Kattowitz,** 11. Aug. In Kaposzvarze spielte sich eine furchtbare Familientragödie ab. Der arbeitslose Stephan Farcsi hatte aus Verzweiflung über seine Notlage und die Krankheit seiner Frau beschlossen, seine Familie und sich selbst aus dem Leben zu schaffen. Er begoß das Bett der kranken Frau, in dem diese mit dem tags zuvor geborenen Kinde lag, sowie die Betten, in denen die anderen Kinder schliefen, mit Petroleum und zündete sie an. Nachbarn brachten sofort Hilfe, doch starben drei Kinder infolge der erlittenen Brandwunden. Die Frau und die übrigen Kinder konnten gerettet werden. Der Täter selbst, der leichte Brandwunden erlitt, wurde verhaftet.

Vier Kinder verbrannt.

:: **Ungvar,** 11. Aug. In der vergangenen Nacht entstand in der Gemeinde Seretna ein Großfeuer, das zwei Wohnhäuser und drei Scheunen vernichtete. Vier Kinder kamen bei dem Brand ums Leben. Der Schaden ist bedeutend. Der Brand soll durch Kinder verursacht worden sein.

Drei Personen durch Blitzschlag getötet.

!! **London,** 11. Aug. Wie aus Newyork berichtet wird, sind in den östlichen Stadtteilen Newyorks drei Personen durch Blitzschlag getötet worden.